Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Band: 34 (1955)

Heft: 5-6

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

34. JAHRGANG
HEFT 5/6
MAI/JUNI

ROTE REVUE

MAX WEBER

Ein neuer Kampf um die Bundesfinanzen

Einseitige Finanzierung des Bundes

Der schweizerische Bundesstaat hatte von seiner Gründung im Jahre 1848 bis zum Ersten Weltkrieg eine einzige Finanzquelle von Bedeutung: die Zolleinnahmen. Es fielen ihm daneben noch die Überschüsse der Post- und Telephonverwaltung zu, die aber damals sehr gering waren. Auch die Militärpflichtersatzabgabe, die seit 1874 zur Hälfte dem Bund zukam, brachte ihm nicht viel ein, etwa ein bis zwei Millionen Franken jährlich. 80 bis 90 Prozent der Verwaltungseinnahmen des Bundes, ja in einzelnen Jahren bis zu 95 Prozent, flossen aus den Zöllen.

Diese einseitige Finanzierung bereitete dem Bundesrat viel Sorgen, denn die Zolleinnahmen waren abhängig von den Handelsverträgen und besonders auch von der Konjunktur. Sie stiegen allerdings beträchtlich an infolge der Einführung von Schutzzöllen. Doch bei rückläufiger Einfuhr entstanden große Ausfälle. In den Budgetbotschaften wurde daher oft von der Notwendigkeit neuer und stabilerer Einnahmenquellen gesprochen, wobei das Tabakmonopol im Vordergrund stand. Später begnügte man sich mit einer Tabaksteuer, die jedoch für die Sozialversicherung reserviert wurde.

Völlig unhaltbar wurde die Lage, als der Grenzschutz und die sozialen Maßnahmen während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 die Ausgaben des Bundes auf das Fünffache der Vorkriegszeit ansteigen ließ, während die Zolleinnahmen stark zurückfielen. Es mußten neue Finanzquellen gesucht werden. Man behalf sich in der Hauptsache mit außerordentlichen direkten Steuern, die zeitlich befristet waren: Kriegsgewinnsteuer, Kriegssteuer von 1915 und zweite Kriegssteuer, die von 1921 bis 1932 erhoben wurde.

Als dauernde Finanzquelle wurden dem Bund nur die Stempelabgaben einschließlich Couponsteuer zugewiesen, die aber nicht genügten, um eine Sanierung der Bundesfinanzen herbeizuführen. In den Krisenjahren wurde dank einem Initiativbegehren der Arbeiterbewegung die direkte Bundessteuer